Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 45 (1951)

Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : Sieg des Rechts? ; UNO im Niedergang ; Angelsächsische Solidarität ; "Die Europäer lachen bloss" ; Das Werben um Deutschland ; "Frieden durch Kraft"?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139491

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dürfte nicht ohne Bedeutung sein für eine Gegenwartszeit, in der ja auch die große Flut von Tod und Sinnlosigkeit die naive Lebensmeisterung fortgeschwemmt hat und die nun weder durch ein verkrampftes Ignorieren dieser bösen Flut noch durch ein wollüstiges Hineinspringen gerettet werden kann, sondern nur dadurch, daß auch sie die lebendige Anrede Gottes wieder findet und im Hunger nach diesem Gott und im illusionslosen Bewahren der Weisheit sich selber wiederfindet – und ein klein wenig Maßhalten und ein kleines Lächeln dazu. *Bruno Balscheit.*

WELTRUNDSCHAU

Sieg des Rechts! Noch immer beherrscht der *Krieg um Korea* das Bild der Weltlage. Doch ist in der Berichtszeit mehr seine *politische* als seine militärische Seite im Vordergrund gestanden. Die nordkoreanisch-chinesische Offensive, die mit Jahresbeginn anscheinend so wuchtig eingesetzt hatte, ist ja nach wenigen Wochen plötzlich zum Stillstand gekommen und gegen Ende Januar von einer energischen Gegenoffensive der UNO-Armeen abgelöst worden, die nun bereits wieder in Söul stehen, aber anscheinend Befehl haben, diesmal nicht aufs neue den 38. Breitengrad zu überschreiten. Also Hemmungen auf beiden Seiten, die militärischen Operationen bis zu ihrem «logischen» Ende weiterzutreiben. Die Kampfpause, die durch das merkwürdige Haltmachen der Nordarmeen Mitte Januar herbeigeführt worden war, ist dann aber durch eine um so regere *diplomatische* Tätigkeit ausgefüllt worden, deren Mittelpunkt das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Neuyork war. Es ging dabei um die Doppelfrage, ob dem Krieg in Korea nicht doch endlich durch Verhandlungen ein Ziel gesetzt werden könne, und ob, falls die Nordkoreaner und Chinesen weiterhin eine Entscheidung durch Waffengewalt suchten, China von der UNO gemäß amerikanischem Antrag in aller Form als Angreifer gebrandmarkt werden solle. Und nun ereignete sich das Neue – das in unserer Presse sozusagen durchwegs verwedelt wurde –, daß die *zweite* Antwort der Chinesischen Volksregierung, offenbar unter indischem Einfluß, einer raschen Beendigung des Krieges durchaus günstig war. China erklärte sich jetzt vor allem damit einverstanden, daß die Feindseligkeiten *vor* der Aufnahme von Verhandlungen eingestellt würden, mindestens «für eine begrenzte Zeitspanne», während welcher eine Konferenz von sieben Mächten eine friedliche Lösung der Koreafrage suchen sollte. Der gleichzeitige Abbruch der Nordoffensive unterstrich die Ernsthaftigkeit dieses Angebots, sodaß sogar der konservative Pariser «Monde» (31. Januar) feststellte, die Chinesen hätten tatsächlich auf eine Weiterführung des

Krieges in Korea verzichtet, und es liege nun kein Anlaß mehr vor, sie als Angreifer bloßzustellen und vor den Kopf zu stoßen. Aehnlich schrieb der «New Statesman» (27. Januar): «Es ist nicht klar, wie die Antwort Chinas hätte noch versöhnlicher ausfallen können, noch aus was für Gründen sich Amerika jetzt weigern kann, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Unter diesen Umständen kommt ein Antrag, China als Angreifer zu brandmarken, einfach darauf hinaus, Verhandlungen überhaupt abzulehnen.»

Trotzdem *hat* Amerika seinen Antrag gestellt und natürlich in der Generalversammlung der UNO auch durchgedrückt. Die Tür zu Verhandlungen mit China soll zwar, wie in dem Beschluß scheinheilig bemerkt wird, gleichwohl offen bleiben; im selben Atemzug wird aber gedroht, es müßten *Strafmaßnahmen* – und das heißt zuletzt ein regelrechter Krieg – gegen China ins Werk gesetzt werden, falls die neuen Verhandlungsbemühungen ohne Erfolg bleiben sollten. Die innere Unwahrhaftigkeit dieser Haltung wurde vom Sprecher der indischen Abordnung, die den amerikanischen Antrag ablehnte, sofort aufgedeckt. «Mit einer Verdammung zu beginnen», so erklärte Sir Benegal Rau, «und dann Verhandlungen vorzuschlagen, kann nur beweisen, daß es uns weder mit der Verdammung noch mit Verhandlungen ernst ist.» Schon damit ist eigentlich das Urteil über einen Akt gesprochen, der jetzt in der ganzen amerikahörigen Welt als «Sieg des Rechts und der Wahrheit» (!) gepriesen wird. Aber es liegt ja auch sonst nur allzu offen auf der Hand, daß China moralisch und politisch *nicht* als Urheber eines Angriffskrieges bezeichnet werden kann. Man stelle sich doch vor: Die Vereinigten Staaten erklären nicht nur seit 125 Jahren jedes Eingreifen einer nichtamerikanischen Macht an irgend einem Punkte des amerikanischen Erdteiles als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit. Sie fühlen ihre Sicherheit und Existenz neuerdings auch dann bedroht, wenn jenseits des Atlantischen Ozeans irgendwo in Westeuropa oder auf der anderen Seite des Stillen Ozeans in China, Korea oder wo immer, also viele Tausende Kilometer von den Vereinigten Staaten entfernt, der Kommunismus seinen Einflußbereich erweitert. Und nun erfährt das neue China schon seit Jahr und Tag die ausgesprochene und höchst tätige Feindseligkeit Amerikas, die sich unmittelbar gegen das chinesische Herrschaftsgebiet selber richtet. Es sieht sich unter amerikanischem Druck aus der UNO ausgeschlossen. Es muß erleben, daß ein wertvolles Stück chinesischen Gebietes – Formosa – durch das Eingreifen der amerikanischen Flotte vom chinesischen Mutterland abgetrennt gehalten wird und daß Amerika eng mit einem Tschiang Kai-shek zusammenarbeitet, um die Rückeroberung ganz Chinas durch die Gegenrevolution herbeizuführen. Und es muß schließlich mitansehen, daß die sogenannten UNO-Truppen unter dem Befehl seines alten Feindes MacArthur nach der «Befreiung» Südkoreas auch in Nordkorea einfallen, ja in Eilmärschen der Grenze von Chinas industriereichster Provinz zustreben. Wenn sich China nun aber, nachdem

all seine Proteste und Warnungen mißachtet worden sind, gegen diese *tatsächliche* Bedrohung seiner Sicherheit zur Wehr setzt und dem amerikanischen Vormarsch Halt gebietet, *bevor* er die Grenze der Mandschurei erreicht hat, dann ist das natürlich ein ruchloser, durch nichts zu entschuldigender Angriffskrieg, der «im Namen des Rechts und der Wahrheit» feierlich gebrandmarkt und mit Strafe bedroht werden muß – von den Vertretern der gleichen UNO, die China rechtswidrig Sitz und Stimme in ihrer Mitte verweigern... Wahrlich, man kann die Heuchelei und Verlogenheit auch *zu* weit treiben!

UNO im Niedergang Wie es mit dem «Sieg des Rechts», der durch den Brandmarkungsbeschluß gegen China errungen sein soll, tatsächlich bestellt ist, geht auch daraus hervor, daß die tapferen Befürworter dieses Beschlusses bisher Strafmaßnahmen erst auf dem Papier angedroht, aber glücklicherweise noch nicht gewagt haben, sie auch auszuführen. Und doch müßte hinter das Recht, dem man angeblich einen Sieg verschafft hat, sofort auch eine entsprechende *Macht* gesetzt werden, die es zu verwirklichen hätte, wenn man von diesem Recht auch wirklich überzeugt und im Ernst entschlossen wäre, ihm gegen jeden Widerstand zum Durchbruch zu verhelfen. Davon kann aber vorderhand gar keine Rede sein.

Jawohl, in den Vereinigten Staaten selbst wäre man wahrscheinlich schon heute bereit, sich auch in einen Krieg mit China zu stürzen. Wozu – so fragen sich nicht nur die Militärs, so kann man es auch in der amerikanischen Presse lesen –, wozu haben wir denn unsere so wunderbar vervollkommneten Atombomben, wenn wir sie ja doch nicht gegen die Roten einsetzen? Aber die anderen UNO-Staaten, die China verdammen halfen, schrecken dann doch vor dieser Konsequenz ihrer Haltung – vorläufig wenigstens – noch zurück. Sie erklärten China keineswegs deshalb als Angreifer, weil sie alle an einen chinesischen Angriffskrieg auch wirklich geglaubt hätten, sondern vor allem darum, weil sie Amerika wenigstens eine «moralische» Genugtuung geben wollten, weil sie sich auf Gedeih und Verderb an die antikommunistische Machtpolitik der Vereinigten Staaten gebunden fühlen, und nicht am wenigsten, weil sie von Amerika wirtschaftlich und finanziell gänzlich abhängig geworden sind. Die wochenlange Sperrung amerikanischer Weizenlieferungen an das von Trockenheit heimgesuchte Indien wurde ja ganz offen damit begründet, daß man dem in der Chinafrage so «unsolidarisch» auftretenden Indien und besonders *anderen* zögernden Staaten eine heilsame Lektion geben müsse. Und einem Beschluß, der mit solchen Mitteln erzwungen wurde, dem sagt man dann: Sieg des Rechts und der Wahrheit...

Die fast vollständige Amerikanisierung der UNO ist freilich längst kein Geheimnis mehr. Schon allein der Umstand, daß die Vereinten Nationen ihren Sitz in Neuyork haben, brächte ihre ständigen Beamten wie auch die Delegierten aus anderen Ländern von vornherein auch dann

unter den gleichschaltenden Einfluß der amerikanischen Umwelt – durch gesellschaftlichen Verkehr, Presse, Radio, Literatur usw. –, wenn nicht zwei Drittel des Personals der UNO aus Amerikaner bestünden und die amerikanische Abordnung für Rat und Versammlung mit ihrem Bestand von 180 Damen und Herren ein weniger erdrückendes Übergewicht über die ausländischen Delegationen besäße. Dazu kommt aber, daß von amerikanischer Seite ebenso planmäßig wie erfolgreich auf die Säuberung des Sekretariatsstabes und der fremden Delegationen von nicht ganz sattelfesten Parteigängern Washingtons hingearbeitet wird. Und da sowohl das Personalamt wie das Budget- und das Finanzamt, also gerade diejenigen Stellen, die bei der Einstellung und Entlassung von Personal ein maßgebendes Wort zu sprechen haben, vom stellvertretenden Generalsekretär abhängen, der ein zielbewußter Amerikaner ist, anderseits auch die Führung der laufenden Geschäfte der Generalversammlung, die Behandlung der Rechtsfragen (zum Beispiel die Abfassung der Resolutionen) und die Ausführung der Versammlungsbeschlüsse ebenfalls Verwaltungsabteilungen anvertraut sind, an deren Spitze Amerikaner stehen, so ist aufs beste dafür gesorgt, daß die Vereinten Nationen ein zuverlässiges Werkzeug in der Hand der Gestalter der amerikanischen Politik sind. Jeder einzelne Sekretariatsbeamte, jedes einzelne Mitglied der auswärtigen UNO-Delegationen wird nach den bewährten Grundsätzen der amerikanischen Bundespolizei und des Komitees zur Bekämpfung unamerikanischer Umtriebe ständig durchleuchtet und überwacht, und es dürfte nur wenige Delegationsmitglieder geben, die es darauf ankommen lassen, eine amerikanische Beschwerde bei ihrer heimischen Regierung herauszufordern und dann ihre ebenso ehrenvolle und interessante wie einträgliche Stellung zu verlieren.

Es ist auf alle Fälle eine groteske Verkennung der wirklichen Sachlage, wenn man den Chinabeschluß der UNO-Versammlung als eine moralische Stärkung der Vereinten Nationen ausgibt. Das Gegenteil ist der Fall: Die UNO ist damit noch tiefer in Abhängigkeit von Amerikas verhängnisvoller Weltmachtspolitik verfallen und damit ihrer ursprünglichen Sendung vollends ganz entfremdet worden. Dem Geist und Buchstaben der UNO-Satzung hätte es entsprochen, wenn das neue China in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen worden wäre. Es *wider*spricht aber völlig dem Geist und Buchstaben dieser Satzung, eine Großmacht mit Krieg zu bedrohen, die von Rechts wegen längst der UNO angehören sollte und die von den UNO-Streitkräften selber zur Verteidigung ihres Lebensrechtes geradezu gezwungen worden ist. Die UNO ist mit gutem Bedacht – im Unterschied zum alten Völkerbund – auf *friedlichen* Ausgleich der Gegensätze zwischen den Großmächten angelegt gewesen; das Vetorecht, das seinerzeit sämtliche Großmächte für die ständigen Ratsmitglieder verlangt hatten, ist nur der konsequente Ausdruck dieses Gedankens, der dann durch die von Amerika durchgesetzte Änderung der UNO-Satzung (Erhebung der Generalversamm-

lung zum eigentlichen Entscheidungsorgan) freilich weithin unwirksam gemacht wurde. Die ganze Art und Weise, wie die Korea- und Chinafrage von der UNO behandelt wurde, zeigt so nur allzu deutlich, wie nahe bereits die Vereinten Nationen ihrem inneren und äußeren Zerfall gekommen sind. Und Freda Kirchwey hat ganz recht, wenn sie in der Neuyorker «Nation» (16. Dezember 1950) schreibt: «Korea beweist, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie ihre Macht dazu gebrauchen, eine Revolution zu verhindern, wo eine Revolution unvermeidlich ist, einen Weg beschreiten, der direkt zum Kriege führt. Korea beweist, daß die Vereinten Nationen ihre Fähigkeit, einem Angriff Halt zu gebieten, in dem Maße schwächen, da sie sich als Werkzeug der Gegenrevolution gebrauchen lassen.»

Angelsächsische Solidarität Nichts deutet freilich vorderhand darauf hin, daß Amerika und seine Gefolgsstaaten die koreanische Lektion zu lernen im Begriffe stünden. Ja, wenn es auf die amerikanische *Armee* in Korea ankäme! Selbst ein so regierungstreuer Journalist wie Mr. Kelsey, der politische Kommentator der «Detroit News», hält es für nötig, darauf hinzuweisen, daß «dauernd Berichte eintreffen, wonach sie (die amerikanischen Soldaten) nicht begreifen, für was sie eigentlich kämpfen oder, wenn sie es begreifen, nicht viel Sinn in der Fortsetzung eines Kampfes sehen, der ja doch verloren sei . . . Es ist mächtig schwer, die Armee zu überzeugen, daß sie in Korea für die Sicherheit der Vereinigten Staaten kämpfe.» (25. Januar.) Und ein redaktioneller Leitartikel des gleichen Blattes (5. Februar) bestätigt das Fortdauern dieser Stimmung trotz den jüngsten Erfolgen MacArthurs, hinzufügend, daß die Soldaten auf die Heimkrieger in Amerika schlecht zu sprechen seien und den Politikern eine furchtbare Abrechnung androhten, wenn sie wieder einmal in Reichweite einer Stimmurne seien.

Inzwischen gehen die Politiker in Washington weiterhin *ihren* Weg. Da die Pekinger Regierung nach dem Schlag ins Gesicht, den die UNO ihr versetzt hat, keine Lust zeigt, sich mit den «Friedensboten» der Vereinten Nationen an den Verhandlungstisch zu setzen, so macht man sich in Washington und demgemäß auch in Lake Succeß bereits kühl und sachlich mit der angeblichen Notwendigkeit vertraut, die angedrohten Strafmaßnahmen gegen China zur Tat werden zu lassen. Käme es aber wirklich so weit, dann wäre die Welt ohne Zweifel einem neuen allgemeinen Krieg ein bedeutendes, vielleicht sogar das entscheidende Stück näher gerückt. Dies um so mehr, wenn die Führung der Operationen gegen China wiederum einem verantwortungslosen Imperialisten wie MacArthur anvertraut würde, der erst letzthin wieder erklärte, ein Krieg gegen China müsse zum Ziel haben, nicht nur China, sondern ganz Asien zu «befreien», das heißt die Revolution der kolonialen und halbkolonialen Völker *überall* gewaltsam zu ersticken.

Und gegen diese Aussicht bäumt sich nun doch auch im amerika-

nischen Volk alles auf, was nach der jahrelangen fürchterlichen Verhetzung durch eine zügellose antikommunistische Propaganda an gesundem Denken und Empfinden noch übrig ist. Private Mitteilungen, die uns zukommen, sprechen von einem wachsenden Widerstand in allen Bevölkerungsschichten gegen die amtliche Außenpolitik, von einem erschreckten Aufwachen vieler aus den Opiumträumen der letzten Jahre, von einer Besinnung auf die *wirklichen* Kräfte, die das Leben der Nation regieren müssen[1]. Und verschiedene Volksumfragen aus jüngster Zeit scheinen diese Beobachtung zu bestätigen. So hat das Gallup-Institut schon im Dezember festgestellt, daß jetzt 58 Prozent der Befragten für die Aufnahme des kommunistischen China in die UNO sind und 28 Prozent dagegen; noch im Juli 1950 waren 58 Prozent *gegen* die Aufnahme Chinas und nur 11 Prozent dafür. Eine noch neuere Umfrage hat eine Mehrheit von drei zu eins für den Rückzug der UNO-Truppen aus Korea ergeben. Begreiflich, daß die amerikanische Regierung Mühe hat, ihr ungeheuerliches Rüstungsprogramm dem Volke mundgerecht zu machen. Sie hat denn auch klugerweise dem von seiner Europareise zurückgekehrten General Eisenhower, dem populären Führer der westalliierten Befreiungsarmeen am Schluß des zweiten Weltkrieges, die Aufgabe überbunden, Parlament und Volk «von der Notwendigkeit der weittragenden und in der amerikanischen Geschichte einzig dastehenden Entscheidung zu überzeugen, die . . . in einer eindeutigen Gutheißung der durch den Präsidenten anzuordnenden Entsendung amerikanischer Truppen bestehen wird, die Eisenhowers atlantischer Armee eingegliedert werden sollen» («Neue Zürcher Zeitung», 3. Februar). Daß ihm das in der Bundesversammlung ohne weiteres gelingen wird, ist fast selbstverständlich, trotz der «Meckerei» Senator Tafts und anderer Nörgler. Ob er auch im Volk und bei den Soldaten viel Begeisterung dafür erweckt, für die kühnen Ostpläne der Adenauer, Schumacher und Guderian zu sterben, steht auf einem andern Blatt.

Mit ähnlichen Schwierigkeiten hat die *britische* Regierung zu kämpfen. Sie hat zwar dem Brandmarkungsbeschluß der UNO nur nach erheblichem Zögern und sichtlich ohne starke Überzeugung zugestimmt. Nachdem sie sich aber einmal doch auf eventuelle Strafmaßnahmen – sagen wir ruhig: auf einen allfälligen Krieg – gegen China festgelegt hat, wird sie kaum mehr die Kraft zum Widerstand aufbringen, wenn Amerika zum Losschlagen entschlossen ist. Hingegen ist im britischen Volke selber der Widerstand gegen solch unwürdiges und selbstmörderisches Satellitentum immer noch im Zunehmen begriffen. Zwar dürfen

[1] In der pennsylvanischen Stadt Pottstown hielten am Sonntag, dem 4. Februar, Tausende von Menschen in der Mittagsstunde inne, um jeder für sich still zu beten: «Allmächtiger Gott, wir bitten dich demütig: Schütte über alle Völker deine Friedensgabe aus. Hilf uns die Probleme anderer Völker verstehen. Leite unsere Führer, daß sie Weisheit und Geduld haben, und höre unsere täglichen Gebete, die wir in deinem Namen vor dich bringen.» Dieses Gebet soll jeden Mittag von neuem dargebracht werden, solange die Weltlage so kritisch ist.

die neuerdings um sich greifenden Lohn- und Streikbewegungen keineswegs als Zeichen von Opposition gegen den außenpolitischen Regierungskurs angesehen werden, obwohl die Ursache für die Verknappung wichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel und die daraus entspringende Verteuerung der Lebenshaltung unzweifelhaft in der militärischen Aufrüstung zu suchen ist, die die Kräfte und Hilfsmittel der westlichen Länder jetzt in erster Linie beansprucht. Aber daß die Unruhe über die Konsequenzen, zu denen die britisch-amerikanische Weltpolitik zu führen droht, im englischen Volke groß und weitverbreitet ist, geht doch aus allen Berichten hervor, die von jenseits des Kanals zu uns kommen. In besondere Bedrängnis ist dabei derjenige Flügel der Labourbewegung geraten, der ausgesprochen *gegen* die Ankettung Englands an das kapitalistisch-imperialistische Amerika ist, nun aber doch nicht weiß, ob er die Treue zur «angestammten» Führerschaft über die Treue zu den Grundsätzen des Sozialismus stellen oder doch einfach der zum Krieg treibenden Strömung unter allen Umständen widerstehen soll, auch auf die Gefahr einer zeitweiligen Spaltung der Bewegung und einer ja ohnehin ziemlich sicheren Niederlage Labours bei den nächsten Wahlen hin[2]. Daß die Großzahl der britischen Labourleute und Gewerkschafter zuletzt die «nationale Solidarität» über alles stellen wird, unterliegt für uns freilich nicht dem leisesten Zweifel.

„Die Europäer lachen bloß" Anders liegen die Dinge in *Frankreich*. Auch hier geht zwar die Regierung und die hinter ihr stehende gesellschaftliche Oberklasse durch dick und dünn mit den Vereinigten Staaten, und zwar, wie der Besuch Ministerpräsident Plevens in Washington demonstrativ klargemacht hat, noch vorbehaltloser als die britische Regierung, weil sich das offizielle Frankreich eben *noch* mehr von amerikanischen Waffen und Hilfsgeldern abhängig fühlt als Großbritannien, das immerhin an der allbritischen Völkergemeinschaft (Commonwealth) einen starken Rückhalt besitzt. Die Pariser Regierung hat sich darum auch von Anfang an ohne Hemmungen für die Chinapolitik der Vereinigten Staaten eingesetzt, zumal sie sich, wie Pleven vor der amerikanischen Presse bemerkte, in Indochina der gleichen Aufgabe gegenübersehe wie Amerika in Korea. (Kann man den

[2] Vorbildlich, wenn auch kaum typisch für die Haltung der englischen Linkssozialisten, ist die saubere Stellungnahme Professor *Coles*, des hervorragenden Oxforder Volkswirtschafters. «Wenn sich Großbritannien», so erklärte er unlängst, «von den Amerikanern in einen Krieg mit China schleppen läßt, so werde ich auf seiten Chinas stehen, und ich glaube, das werden auch so viele andere meiner Landsleute tun, daß dadurch in unserer nationalen Solidarität ein tiefer Riß entsteht. Wenn Großbritannien der Wiederaufrüstung Westdeutschlands zustimmt, so werde ich mich außerstande sehen, weiterhin die britischen Arbeiter ermahnen zu helfen, eine allumfassende Produktionsanstrengung zu machen, um Waffen für einen Krieg in Europa herzustellen, der in keiner Hinsicht mehr ein Krieg für Freiheit und Demokratie sein wird.» Was er natürlich auch dann nicht wäre, wenn die Deutschen dabei *nicht* mitkämpften.

«Krieg für Recht und Freiheit», den die Vereinigten Staaten und ihre Hilfsvölker in Korea führen, schärfer verurteilen, als indem man ihn auf die gleiche Stufe stellt wie den schmutzigen Kolonialkrieg der Franzosen in Indochina?) Frankreich hat sich eben nunmehr mit verbundenen Augen an Amerika angehängt, dessen «totale Strategie» in Asien wie in Europa es willenlos mitmacht. Auch die jüngste Verschärfung des Kampfes der französischen Staatsgewalt gegen den Kommunismus, insbesondere die Schließung der Pariser Hauptquartiere dreier kommunistisch beeinflußter internationaler Organisationen – des Weltgewerkschaftsbundes, des Internationalen Frauenbundes und des Demokratischen Jugendbundes – dient ganz offenkundig dem Zweck, die Gleichschaltung der französischen mit der amerikanischen Innenpolitik sichtbar zu bekunden. Und der Lohn für soviel Gefolgsmannentreue ist ja auch nicht ausgeblieben; Amerika hat vor allem versprochen, seine Waffen- und Materiallieferungen sowohl für die Kriegführung in Indochina als auch für die Aufrüstung des Mutterlandes beträchtlich zu verstärken, und mit der Erfüllung dieses Versprechens auch schon begonnen.

Aber hat die Pariser Regierung bei all dem auch wirklich das französische *Volk* hinter sich? Täuscht man sich in Washington nicht gewaltig, wenn man die «unverbrüchliche Solidarität mit Amerika», die ein Pleven, ein Moch, ein Petsche nicht müde werden zu geloben, auch bei den französischen Bauern und Arbeitern, Kleinbürgern und Intellektuellen voraussetzt? Claude *Bourdet*, der Chefredakteur des «Observateur», der seine Landsleute kennen dürfte, warnt jedenfalls in «The Nation» (16. Dezember 1950) eindringlich vor allen Illusionen:

«Ein geringer Teil des westeuropäischen Volkes könnte für einen Kreuzzug zugunsten der atlantischen Politik auf die Beine gebracht werden; aber mindestens in Frankreich ist die Mehrheit gleichgültig gegen jede sogenannte russische ‚Gefahr', die nicht die Form einer ausgesprochenen Drohung gegen französisches Gebiet oder französische Einrichtungen annimmt. Außerdem werden jetzt rund 25 Prozent der Bevölkerung von den französischen Kommunisten beeinflußt und könnten leicht dazu gebracht werden, die atlantischen Strategiepläne aktiv oder passiv zu sabotieren, solange sie nicht unmittelbar das Gewicht einer sowjetischen Invasion verspüren.

Und das ist noch nicht einmal alles. Der Marshallplan, die atlantische Politik und das amerikanische Bündnis haben die wahrscheinlich von der amerikanischen Regierung nicht beabsichtigte Wirkung gehabt, die politische und wirtschaftliche Macht der alten Herrenklasse wiederherstellen zu helfen. Die politische Lage in Frankreich ist jetzt so, daß die Kosten der Aufrüstung in der Hauptsache von den Arbeitern und den andern armen Bevölkerungsschichten getragen werden müssen. Die Warenpreise gehen hinauf, und die Regierung macht vergebliche Anstrengungen, die Inflation zu verheimlichen, die sie stillschweigend als die ‚leichte' Methode der Aufrüstung angenommen hat. Leicht ist sie tatsächlich für die Wohlhabenden; denn die Profite folgen den Preisen. *Nur die Reichen und Konservativen sind wirklich mit der gegenwärtigen Außenpolitik Frankreichs einverstanden.*» (Von mir hervorgehoben. H. K.)

Zum gleichen Schluß kommt in derselben Zeitschrift (6. Januar 1951) Alvarez *del Vayo*, der in Westeuropa und besonders in Frankreich über die besten Beziehungen verfügt:

«Angenommen, Frankreich könne morgen durch ein Wunder 15 motorisierte Divisionen ins Feld stellen. Dann bliebe immer noch das Problem der soldatischen Moral. Wo wären die zehntausende französischer Mechaniker zu finden, die mit dem Herzen in einer Koalitionsarmee mitkämpften, bestehend aus Deutschen, spanischen Falangisten und aus Faschisten, die von allen Ecken und Enden her zusammengetrommelt wären?

...Von der Idee besessen, daß 175 russische Divisionen marschbereit dastünden, denken die westlichen Strategen nur daran, wie die größtmögliche Zahl Soldaten an diesen oder jenen gefährdeten Punkt hin geworfen werden könnten, vergessen aber gänzlich die *politische* Seite des Krieges – und rennen darum kopfüber ins Unglück. Sie machen sich nicht klar, daß die russischen Truppen, die von einer gemeinsamen Weltanschauung beseelt sind, ganz abgesehen von ihrer Zahl, eine stärkere Macht sind als ein zusammengewürfelter Haufe Soldaten, in dem Antifaschisten Seite an Seite mit Faschisten zu kämpfen hätten, und zwar für eine Sache, die ihnen niemals als Befreiungskrieg mundgerecht gemacht werden könnte. Es mag sein, daß man dem amerikanischen Volke den Glauben beibringt, die westlichen Verbündeten seien die Verteidiger der Freiheit, während man gleichzeitig die Macht des spanischen Diktators durch Anleihen, durch die Ernennung eines amerikanischen Botschafters in Madrid und durch das ganze tägliche Gerede von der Einbeziehung Spaniens in den Atlantikbund untermauert. Aber die Europäer lachen bloß, wenn man sie ermahnt, für eine derartige Sache zu sterben.»

Die Einbeziehung des faschistischen *Spaniens* in den «Bund der freien Völker» macht unterdessen tatsächlich bemerkenswerte Fortschritte. Nicht nur tauschen die westlichen Staaten der Reihe nach Gesandte mit Spanien aus, wobei es Franco boshafterweise darauf anlegt, militante Faschisten als seine Vertreter ins Ausland zu schicken (England hat einen solchen Herrn, ehemaligen Rußlandkämpfer und Träger des Eisernen Kreuzes, unhöflicherweise abgelehnt). Auch sonst knüpfen sich immer engere Bande zwischen Spanien und den Westmächten. Die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 196) berichtet mit unverhohlener Genugtuung:

«Besprechungen, die den schrittweisen Einbau Spaniens in das westliche Verteidigungssystem vorbereiten, sind seit längerer Zeit im Gang. Die Reisen amerikanischer Militärs und Industrieller nach Spanien sind bekannt und haben in letzter Zeit an Häufigkeit noch zugenommen. Darüber hinaus hat Spanien es verstanden, trotz der politischen und diplomatischen Blockade dank der Vermittlung befreundeter Staaten nicht ganz von der Arbeit der Vereinten Nationen ausgeschlossen zu werden. Teile der ibero-amerikanischen und der arabischen Staaten haben Spaniens Stimme im Rahmen der Vereinten Nationen Gehör zu schaffen versucht, und Portugal, dessen Beziehungen zu Spanien selten herzlicher waren als heute, hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß es bei den Beratungen der atlantischen Nationen nicht allein für sich, sondern auch bis zu einem gewissen Grad für Spanien spreche.»

Und um das gleich hier beizufügen: auch die Aufrüstung *Japans* und seine Eingliederung in das Militärsystem der Westmächte wird neuerdings – ganz logischerweise natürlich – besonders von Amerika mit verstärktem Nachdruck betrieben. Wie der konservative Londoner «Observer» (7. Januar) schreibt, besitzt Japan in seiner amerikanisch gedrillten und ausgerüsteten Nationalpolizei – 75 000 Mann stark – bereits eine militärische Kerntruppe, deren Bewaffnung über die normalen Polizeierfordernisse weit hinausgehe. Mit welchem Recht die Westmächte da

die «Bereitschaften» der «Deutschen Demokratischen Republik» beanstanden, die von den Russen organisiert worden sind, ist schwer einzusehen.

Das Werben um Deutschland Aber es ist ja natürlich nicht – wie oft vorgegeben wird – das Bestehen dieser ostdeutschen Volkspolizei, das die Westalliierten veranlaßt, auch *Westdeutschland* aufzurüsten. Dies schon darum nicht, weil auch die Bonner Republik eine höchst ansehnliche Polizeimacht ihr eigen nennt, eine Truppe, die auch zahlenmäßig über den Bestand der ostdeutschen Polizeimacht mit ihren 60 000 Mann weit hinausgeht. (Länderpolizei 87 000 Mann, Bundespolizei künftig 30 000 Mann, Dienstorganisation in der britischen Zone 70 000 Mann, davon 5000 bewaffnet, Industriepolizei in der amerikanischen Zone rund 60 000 Mann.) Nein, der Grund für das heftige Werben um den «deutschen Beitrag» an die Militarisierung Westeuropas ist, wie bekannt, in der Überzeugung der Westmächte zu suchen, daß ein immer stärkerer militärischer Druck auf die Sowjetunion nötig sei, um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern. Und um dieses Zweckes willen, so glauben sie, müsse eben auch Westdeutschland energisch wiederaufgerüstet werden, selbst wenn die von allen westdeutschen Parteien verlangte unbedingte Gleichstellung Deutschlands mit seinen atlantischen Partnern die Wiederherstellung der vollen politischen und militärischen Souveränität des Vierten Reiches und die Schaffung einer neuen «Wehrmacht» in sich schließe*. *Darum* mußte General Eisenhower bei seiner europäischen Rundreise auch den Herren Adenauer, Ollenhauer und Genossen seine Aufwartung machen. *Darum* überbot er sich in Komplimenten an die heutigen Westdeutschen und versprach ihnen, all ihre vergangenen Sünden vergeben und vergessen zu wollen, wenn sie ihre kriegerischen Tugenden in Zukunft nur recht brav gegen die *Russen* einsetzten. Es scheint wirklich so, wie jüngst ein ironiebegabter Engländer meinte: «Was in den letzten paar Tagen von diesen (Eisenhower, Kirkpatrick) und anderen hohen Beamten gesagt wurde, kommt auf die Bitte an die Deutschen hinaus, uns zu verzeihen, daß wir den Fehler gemacht haben, im letzten Kriege gegen sie zu kämpfen!» Oder, um ein deutsches Blatt anzuführen: Um

---

* Über das westdeutsche Programm für den *Wiederaufbau der Wehrmacht* teilt Basil Davidson im «New Statesman» (10. Februar) aufsehenerregende Einzelheiten mit. Die psychologische, politische und wirtschaftliche Vorbereitung der Wiederaufrüstung ist danach bereits in vollem Gang. Was die militärtechnischen Fragen selber anlangt, so ist vorerst keine Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht beabsichtigt. Es sollen vielmehr zunächst — wie nach dem ersten Krieg — nur die *Kader* für eine «Volksarmee» aufgestellt werden, umfassend 22 Brigaden mit 130 000 Mann. Um dieses «Skelett» einer Mehrmacht herum soll dann Fleisch und Blut angesetzt werden, so daß etwa Ende 1952 eine Wehrmacht von einer halben Million Mann dastünde. Die Waffen und die Ausrüstung für die Kaderarmee wird Amerika liefern. Und dann soll es noch einmal gegen Rußland gehen.

die Kommunisten zu schlagen, braucht es die britische Flotte, französische Intelligenz, Amerikas Industriekraft und deutsche Kriegsverbrecher ...

Jene hochgestellten Deutschen, die seinerzeit als Kriegsverbrecher gebrandmarkt worden waren, werden ja gerade jetzt dutzendweise wieder freigelassen, auch Alfred Krupp, auch Baron von Weizsäcker, überhaupt die meisten der 500 Hauptverbrecher, die ursprünglich als die am meisten belasteten Helfershelfer Hitlers ausgesondert worden waren. Nur 142 von ihnen wurden nach den Nürnberger Prozessen noch bestraft, teilweise sehr mild; die andern gingen leer aus, und auch die Verurteilten wurden nach und nach fast alle von den Westmächten wieder in Freiheit gesetzt. Nicht aus Rechtsgefühl oder Barmherzigkeit, selbstverständlich, sondern aus politischer Berechnung und, soweit es sich um Industriekapitäne oder Finanzgenies wie Schacht handelte, aus der Besorgnis, ob «ein langer öffentlicher Feldzug, der gegen die Privatindustrie gerichtet würde, nicht dazu beitragen könnte, die industrielle Zusammenarbeit mit unserer Regierung zur Verteidigung der Privatwirtschaft zu erschweren», wie der amerikanische Bundesrichter Jackson schon im Mai 1946 in einer Eingabe an Präsident Truman zu bedenken gegeben hatte.

Nun kommt allerdings aus Paris und Washington der Bericht, Pleven und Truman hätten sich darüber geeinigt, daß die Aufrüstung der westeuropäischen Bundesgenossen Amerikas den Vorrang vor allen andern Begehren haben müsse und darum die Remilitarisierung Westdeutschlands «auf die lange Bank geschoben» werden könne. Das letztere wäre tatsächlich eine erfreuliche Angelegenheit. Nur ist gegenüber einer solchen Vereinbarung zunächst noch Vorsicht am Platz; die westalliierten Militärs drängen ja nach wie vor sehr darauf, durch deutsche Divisionen die Lücke auszufüllen, die auch nach vollzogener Aufrüstung der Atlantikmächte in der Westfront noch verbliebe. Aber *wenn* die europäischen Widerstände gegen eine Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht – die ja keineswegs auf Frankreich allein beschränkt sind[3] – in Washington wirklich Eindruck gemacht hätten, dann könnte das der Forderung auf *Entmilitarisierung ganz Deutschlands* höchst erwünschten Auftrieb geben und der von Rußland angeregten Viermächtekonferenz, über die noch immer hin und her diplomatisiert wird, doch etwelche Aussicht auf Erfolg eröffnen. Und wie lebensnotwendig wäre es, daß eine solche Konferenz zu greifbaren Ergebnissen führte! Sei man sich doch überall darüber klar, daß die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderlebens des sowjetischen und des amerikanischen Gesellschafts- und Machtsystems in

[3] Auch Holland will von einem neudeutschen Militarismus nichts wissen. Seine Regierung hat darum den bisherigen Generalstabschef Kruls Knall und Fall entlassen, als er nach dem Besuch Eisenhowers im Haag meinte, die amerikanische Forderung nach einer verstärkten holländischen Aufrüstung übernehmen zu müssen. Eisenhowers Freunde hatten freilich auch den Fehler gemacht, einen Brief des Generals zu veröffentlichen, in dem dieser von der «gedrückten und verstörten» Stimmung sprach, die ihn beim Verlassen Hollands erfülle.

erster Linie von einer beidseits annehmbaren Lösung – nicht der koreanischen oder chinesischen, sondern der *deutschen* Frage abhängt. Wie der «Carolus» zeichnende westdeutsche Mitarbeiter der Neuyorker «Nation» – offenbar ein sozialdemokratischer Politiker – ganz richtig meint: Es geht ja gar nicht darum, ob Europa bolschewisiert werden soll, sondern darum, *ob Europa morgen von Rußland oder von Deutschland beherrscht werden soll,* und wie die eine *und* die andere Gefahr beseitigt werden kann. Rußland in einem neuen Krieg zu besiegen, so stellt dieser keineswegs des Kryptokommunismus verdächtige Beobachter fest,

«hieße nur Europa den Deutschen ausliefern. Oder bildet sich etwa jemand ein, ein Deutschland, das einen entscheidenden ‚Beitrag' zu einem Sieg über Rußland geleistet hätte, ließe sich je wieder auf seinen Stand von 1945/1950 herabdrücken? (Herr Adenauer sagt ja schon jetzt – in seiner Rede vom 10. Februar vor den Bonner Studenten –: «Dies soll keine Drohung sein, aber als Chef der deutschen Bundesregierung muß ich sowohl den Osten als auch den Westen darauf aufmerksam machen, daß wir uns nicht mehr im Jahr 1945 befinden.» H. K.) Oder glaubt man, die Vereinigten Staaten würden dann wieder bereit sein, in Europa einzugreifen, wenn ihr deutscher Verbündeter zum Angriff gegen ein Nachbarland schreiten sollte?

... Ist es also wahr, daß Europas Schicksal an dem dünnen Faden von 30 deutschen Divisionen hange? Was für eine komische Täuschung, anzunehmen, Rußland könne mit zwei oder drei Dutzend Divisionen in Schach gehalten und die Welt so gegen eine sowjetische Eroberung verteidigt werden!»

In Übereinstimmung mit dem, was schon in der letzten Weltrundschau über die durchaus echte Furcht der Russen vor einem neu aufgerüsteten Vierten Reich gesagt wurde, gibt Carolus freimütig zu:

«Seit seine siegreichen Soldaten 1945 durch das Brandenburger Tor einmarschiert sind, hat Rußland immer die Gefahr eines remilitarisierten und wirtschaftlich wiedererstarkten Deutschland vorausgesehen. Diese Gefahr war es, die den Gegensatz zwischen Ost und West entzündet hat, die zu der Berliner Blockade, zu einem gesonderten Westdeutschland, zu einem russischen Satellitenstaat, zu der Remilitarisierung Ostdeutschland, zu der Remilitarisierung Westdeutschlands geführt hat. Jeder Keil arbeitete dem nächsten vor – *aber am Anfang stand die russische Furcht.* Und jetzt soll dieses wiedererstarkte Westdeutschland, das morgen remilitarisiert werden soll, wirklich der große Verbündete der Vereinigten Staaten werden! Zu was für einer Rolle verurteilt eine solche Entwicklung ein Frankreich, das schon heute weit schwächer ist als Deutschland, nicht zu reden von Italien und den kleineren festländischen Nationen? Ein remilitarisiertes Westdeutschland würde das Ende jeden Mächtegleichgewichtes auf dem Kontinent bedeuten, würde schließlich einen Krieg gegen den Osten unvermeidlich machen, ob ihn nun die Vereinigten Staaten wollten oder nicht.»

Einzig ein *wiedervereinigtes, aber entmilitarisiertes und neutralisiertes Deutschland* – das ist der Schluß aus allen solchen Überlegungen – vermöchte diese Gefahr wirklich zu bannen und einen Puffer zu bilden, der stark genug wäre, um den Zusammenstoß der beiden Machtkolosse zu verhindern, die sich auf deutschem Boden bereits so gefährlich nahegekommen sind. *Darauf* müßte eine jetzt einzuberufende West-Ost-Konferenz in allererster Linie abzielen, und im Zusammenhang damit vielleicht auf eine weitere Vereinbarung des Inhalts, daß die Ostblockstaaten auf jede militärische Zwangsaktion gegen *Jugoslawien* verzichten, wäh-

rend anderseits die Westmächte den heutigen Gebietsbestand *Polens* und der *Tschechoslowakei* garantieren, also die Oder-Neiße-Grenze ebenso wie die Zugehörigkeit des Sudetenlandes zur Tschechoslowakei endgültig anerkennten.

„Frieden durch Kraft"? Aber *will* denn der Westen, will vor allem Amerika überhaupt eine solche Verständigung mit dem Osten, deren Grundlage die dauernde Entmilitarisierung Deutschlands sein müßte? Sind nicht insbesondere die Vereinigten Staaten einfach entschlossen, Westdeutschland unter allen Umständen aufzurüsten und dementsprechend jede Vereinbarung mit Rußland abzulehnen, die diese Absicht durchkreuzen würde? Gehen sie nicht von der für sie feststehenden Voraussetzung aus, es sei der Sowjetunion mit ihrem Vorschlag, Deutschland für immer zu entwaffnen, ja doch nicht ernst, und der Konferenzplan sei darum nur ein Versuch, die im Gang befindliche Aufrüstung Westeuropas zu sabotieren, nach dessen Gelingen der «wehrlose» Westen dann um so gefahrloser überfallen werden könne? Und kommt darum den Westmächten der neuerwachte deutsche «Drang nach Osten» nicht gerade recht als bewegende Kraft für die Eingliederung Westdeutschlands in die alliierte Militärfront?

So muß man sich wirklich fragen, wenn man die wachsende Agitation in Westdeutschland für die *Zurückgewinnung der an Polen und Rußland verlorenen Ostprovinzen* und der «volksdeutschen» Gebietsteile der Tschechoslowakei und die Duldung, ja Förderung dieses Revanchestrebens durch die Westmächte mitansieht. Der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» stellte schon vor Monaten fest (Nr. 1250 vom 21. Dezember 1950):

«Der Revisionismus (die Bewegung für die Revision der deutschen Ostgrenzen) hat bereits sein Haupt erhoben ... Die Vorschläge der Bundesregierung zur Lösung der deutschen Frage laufen auf die Beseitigung des Regimes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hinaus. Das Verlangen nach Rückgabe der Provinzen jenseits von Oder und Neiße wird immer häufiger und stärker laut. Die Amerikaner und Briten stehen den deutschen Forderungen, soweit diese die deutsche Ostzone betreffen, mit größtem Verständnis gegenüber. Frankreich dagegen verhält sich reserviert; es befürchtet, daß ein wiedervereinigtes Deutschland das Gleichgewicht der Kräfte auf dem europäischen Kontinent, wie es seit 1945 besteht, umstürzen und daß es den Westen zwingen werde, sich seine Ansprüche gegenüber Polen und der Tschechoslowakei zu eigen zu machen.»

Ob eine kürzlich gefallene Äußerung des französischen Oberkommissars für Westdeutschland, François Poncet, über den bloß vorläufigen Charakter der deutschen Ostgrenzen eine Schwenkung Frankreichs nach der britisch-amerikanischen Seite hin ankündigt, ist nicht sicher, aber bei der vorhin gekennzeichneten völligen Unterordnung Frankreichs unter die aktivistische Politik Amerikas durchaus möglich. Der scharfe polnische Protest, der daraufhin ergangen ist, wie auch die den Regierungen Frankreichs, Englands und Amerikas zugestellte tschechoslowakische

Note, die von einer Bedrohung der Tschechoslowakei durch die geplante Wiederaufrüstung Westdeutschlands spricht, zeigen jedenfalls an, daß man im östlichen Lager voller Mißtrauen gegenüber einem Deutschland ist, dessen Revanchestreben sich die Westmächte für ihre eigenen Zwecke nutzbar machen könnten. Und eine nur halbwegs sachliche Beurteilung der Lage der osteuropäischen Volksrepubliken wie auch der Sowjetunion selbst sollte diesen Gefühlen weitgehend Rechnung tragen.

Rede man doch nicht immer so leichtfertig von den berühmten 175 russischen Divisionen, denen der Westen nichts Gleichwertiges entgegenzustellen habe, und die darum eine ständige Bedrohung Westeuropas, ja der Beweis für die Angriffspläne der Sowjetunion seien! Auch wenn man von den inneren Triebkräften der Sowjetpolitik ganz absieht, die nach unserer Überzeugung vor allem auf die Sicherung einer langen, langen Friedenszeit für die Weiterführung des sozialistischen Aufbaues ausgehen, so gibt es zwei kaum zu widerlegende Gründe, die *gegen* russische Angriffsabsichten, für jetzt oder eine absehbare Zukunft, sprechen:

1. Die Tatsache, daß die Sowjetunion ihre militärische Überlegenheit, die schon seit sechs Jahren besteht, zu einem Zeitpunkt *nicht* ausgenützt hat, da es ihr in jeder Beziehung viel leichter gefallen wäre, Westeuropa zu überrennen, als dies heute der Fall ist.

2. Die Tatsache, daß die Rußland zur Verfügung stehenden Kräfte nicht ausreichen würden, um einen Angriffskrieg gegen Westeuropa (oder gar Amerika) mit einiger Aussicht auf dauernden Erfolg zu führen. Man darf ja doch nicht einfach die ostmächtlichen *Landstreitkräfte* den in Westeuropa mobilisierbaren oder dorthin beförderbaren Armeen der Atlantikmächte gegenüberstellen, muß vielmehr das *ganze* Kriegspotential der beiden Blöcke gegeneinander abwägen, vor allem auch ihre *wirtschaftlichen* Kampfkräfte. Und dann wird man schnell sehen, daß hier das Ostlager dem Westbund bei weitem unterlegen ist und unterlegen bleiben wird. Um nur die eine Zahl festzuhalten: Die Sowjetunion erzeugt heute kaum 25 Millionen Tonnen Stahl im Jahr, die Vereinigten Staaten aber 100 Millionen. Und auch wenn sich das Verhältnis der Produktionskräfte der beiden Reiche in Zukunft zugunsten der Sowjetunion verschieben sollte (wofür es vorerst keinerlei Anhaltspunkte gibt), so wird der Vorsprung Amerikas dennoch so gewaltig bleiben, daß an ein Nachkommen Rußlands gar nicht zu denken ist. Ähnlich verhält es sich mit andern kriegswirtschaftlich wichtigen Industriezweigen, in denen die höchstentwickelte amerikanische Technik der noch immer mit Anfangsschwierigkeiten aller Art und auch mit Rohstoffknappheit ringenden russischen Industrie meistens weit voraus ist. Und wenn man dann vollends die Wirtschaftskraft der Bundesgenossen auf beiden Seiten in Betracht zieht, dann wird das Übergewicht des Westblocks noch viel erdrückender, produziert doch gegenwärtig Westdeutschland allein mehr

Industriegüter als der ganze asiatische Kontinent, und Großbritannien nur unwesentlich weniger als die große Sowjetunion*.

Aber auch wenn man nur auf die unmittelbare *militärische* Schlagkraft der beiden Lager abstellen wollte, kann man keineswegs von einer derartigen Überlegenheit des Ostens reden, daß – über zeitweilige Anfangserfolge hinaus – sein Sieg auch nur in Westeuropa auf die Dauer wahrscheinlich wäre. Allein schon auf dem Gebiete der Atomwaffen und des Luftkrieges sind die Vereinigten Staaten der Sowjetunion soweit voraus und mit ihrem Netz von Stützpunkten rings um Rußland herum geographisch in einer so viel günstigeren Ausgangslage als dieses, daß der in Infanteriedivisionen gemessene Vorsprung der Sowjetunion dadurch ohne weiteres eingeholt, wenn nicht längst überholt ist. Übersehe man auch nicht, was erst letzthin General Collins, der Stabschef der amerikanischen Armee, in einer Zeitschrift feststellte, daß es nämlich gar nicht nötig sei, jeder russischen Division eine solche der Westmächte gegenüberzustellen. Eine kleinere, aber im höchsten Grad bewegliche Armee mit modernsten Waffen könne einen russischen Angriff wirksam aufhalten. Die amerikanische Industrie und die technische Entwicklung in den Vereinigten Staaten böten Gewähr dafür, daß die «freie Welt» in der Waffenherstellung ihren bisherigen Vorsprung halten könne.

Wie man unter solchen Umständen die Größe der russischen Landarmee als maßgebend für die Gefährdung Westeuropas durch den Kommunismus hinstellen und eine massive Vermehrung der Landarmeen der Atlantikstaaten, eingeschlossen Westdeutschland, als elementare Lebensnotwendigkeit für die «freie Welt» ausgeben kann, wird immer rätselhafter, wenn man nicht von vorneherein annehmen will, daß es sich hier eben einfach um eine demagogische Irreführung der Völker handle. Auf alle Fälle ist die «Frieden-durch-Kraft»-Theorie, die jetzt im westlichen Lager wieder ganz obenauf ist – früher sagte man einfach: Man muß zum Krieg rüsten, wenn man Frieden haben will –, nicht nur sittlicher und psychologischer Widersinn (was sie immer war); sie wird auch rein militärpolitisch Bankerott machen, wenn ihr noch ein paar weitere Jahre nachgelebt wird. Ihr einziges Ergebnis, so muß man fürchten, wird sein – nicht daß die Sowjetunion von einem Angriff auf Westeuropa abgeschreckt wird, den sie sonst überhaupt nicht in Betracht zöge, sondern daß sie samt ihren Verbündeten in schwerste Versuchung gerät, gegen

---

* Soeben veröffentlichen die Kommissionen des amerikanischen Senats für militärische und für auswärtige Angelegenheiten einen Vergleich zwischen der Kriegsstärke des Westblocks und jener der Oststaaten. Darin wird unter anderem hervorgehoben, daß die Jahresproduktion der Westmächte an Stahl 142,3 Millionen Tonnen im Jahr betrage, diejenige des Ostblocks nur 33 Millionen. Rohöl erzeuge der Westen 459 Millionen, der Osten 46 Millionen. Bei Aluminium stehe den 1,26 Millionen Tonnen des Osten eine Produktion des Westens von 192,5 Millionen Tonnen jährlich gegenüber. Und was die Mannschaftsbestände betreffe, so halte der Ostblock zurzeit 5 Millionen Soldaten unter Waffen, der Westbund 4,5 Millionen.

den Westbund loszuschlagen, *bevor* er seinen Ring um Rußland fertiggeschmiedet hat und hundertprozentig gerüstet hinter einem Deutschland steht, das nur darauf brennt, den zweimal gescheiterten Eroberungszug nach dem Osten ein drittes Mal aufzunehmen. Was vor dem zweiten Weltkrieg ein Lieblingsgedanke westlicher «Realpolitik» war: Deutschland und Rußland gegeneinander auszuspielen und beide sich aneinander verbluten zu lassen, ohne selber wirklich eingreifen zu müssen – das wandelt sich jetzt immer sichtbarer zu dem erweiterten Plan, Deutschland als «Panzerspitze» der westmächtlichen Kriegsmaschinerie gegen den «Herd des Weltkommunismus» einzusetzen, den gewaltsam zu zerstören man sich an den entscheidenden Orten offenbar fest vorgenommen hat. Aber es kann auch ganz anders herauskommen! Ja, es *wird* anders herauskommen. Seien wir dessen in aller Wirrnis und Dunkelheit der Weltlage nur ganz getrost. Wir werden sicher nicht enttäuscht werden!

Hugo Kramer.

BUCHBESPRECHUNGEN

Werner Tanner: «Mensch und Tier in christlicher Sicht.» Vadian-Verlag, St. Gallen. 1950, 79 Seiten.

Die Fragen, die das Verhältnis zwischen Mensch und Tier aufwirft, sind leider oft nur Stiefkinder der christlichen Glaubenslehre. Wenn Christen sie dennoch immer wieder als ihnen selber ins Leben geworfene Fragen empfinden und nicht loskommen von der Not der leidenden Kreatur, nicht los auch von dem im Tier immer wieder aufbrechenden Bruderblick, so suchen sie Antwort auf ihre Fragen, da doch Katechismen und Dogmatiken weitgehend schweigen, oft bei schwärmerischen, meist auf indischem Boden gewachsenen Systemen und verfallen so oft in ihrem besten Suchen einem schwächlichen Synkretismus. Diese Verlegenheit des modernen Christentums hat Werner Tanner gespürt und ihr zu wehren gewußt. Der Vorzug des Büchleins, dem man es anspürt, daß sein Verfasser sowohl mit dem Wort Gottes als auch mit der realen Kreatur in Rede und Antwort zu stehen weiß, liegt in seiner Klarheit. Die Not der vom Menschen unverstandenen Kreatur und die Notwendigkeit ihres Schutzes wird deutlich gesehen. Ebenso deutlich werden schwärmerische Extreme vermieden. Die Not der Kreatur als wahrhaft kosmische Not findet ihre letzte Lösung im Reiche Gottes, und der Mensch als der durch Christus erlöste Mensch wird als Mittler der Erlösung zur Kreatur hin angesprochen. Auch in der Ausstattung ist das Büchlein reizvoll. Der Stich Dürers, Madonna mit den Tieren, ziert den Umschlag, und einige Photos von Holzreliefs und Plastiken Lehmanns, des in echter Weise originellen Künstlers in der alten Mühle von Niederhelfenschwil, der in seiner Kunst die gewachsenen Formen erlösend schaut und gestaltet und so selber die Sprache der Kreatur vernimmt und weitergibt, sind dem Text beigegeben. *B. B.*

Hermann Diem: «Die Existenzdialektik von Sören Kierkegaard.» Evangelischer Verlag, Zollikon. 1950, 207 Seiten.

Über Kierkegaard waltet eine eigentümliche Tragik. Zu Lebzeiten von niemand, wird er als Toter von fast allen beansprucht. Es sind vor allem zwei Grundzüge sei-